

USA

DALIAH MARHÖFER

(PRAKTIKANTIN)

April 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)

## Die arabisch-palästinensische Gemeinschaft in Israel

Praktikantenbericht über die Veranstaltung am Middle East Institute in Zusammenarbeit mit dem „Mossawa Center“ vom 24.04.2009 zum Thema „Arab Citizens of Israel: Caught in the Crossfire“.

Die arabisch-palästinensische<sup>1</sup> Gemeinschaft in Israel bildet nahezu 20% der gesamten Bevölkerung und stellt eine ethnisch-religiöse Minderheit im jüdischen Israel dar. In Bereichen wie Bildung und Arbeit, aber auch im öffentlichen Leben sind die arabisch-palästinensischen Bürger oftmals benachteiligt oder gar ausgeschlossen.



Das Middle East Institute lud zu einer Präsentation und anschließenden Frage-Antwort-Runde mit Vertretern des „Mossawa Center“ ein, um über den Status, die Herausforderungen und Möglichkeiten der arabisch-palästinensischen Gemeinschaft in Israel zu sprechen. Der „Mossawa Center“, eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation (NGO), setzt sich für die Gleichheit und Gleichberechtigung der arabisch-palästinensischen Staatsbürger Israels ein. Vor allem nach den amerikanischen und israelischen Wahlen und den dadurch neu entstandenen politischen Konstellationen ist es der Organisation ein großes Anliegen, innerhalb Israels sowie außerhalb von Israel ein Bewusstsein für die soziale, wirtschaftliche, rechtliche und politische Stellung der arabisch-palästinensischen Bürger Israels zu schaffen und zu deren Verbesserung beizutragen.

Dr. Mary Totrym, Dozentin am Oranim College in Kiryat Tiv'on, verwies einleitend auf die verwendete Terminologie zur Bezeichnung der arabi-

<sup>1</sup> Zur Terminologie siehe weiter unter.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DALIAH MARHÖFER

(PRAKTIKANTIN)

April 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)

schen Minderheit in Israel. Der „Mossawa Center“ bezeichnet diese als „arabisch-palästinensische“ Gemeinschaft, welche die arabisch-palästinensischen Einwohner in Israel, die arabischen Einwohner Israels sowie die dort lebende palästinensische Gemeinschaft umfasst. Obwohl sich nicht alle israelischen Bürger arabischer Abstammung als Palästinenser identifizieren, wird der Terminus „arabisch-palästinensisch“ vorwiegend von der arabischen Gemeinschaft, sowie von Zivilgesellschaftsorganisationen und politischen Parteien zur Bezeichnung der in Israel lebenden arabischen Minderheit verwendet. Die Terminologie spiegelt das Selbstverständnis der arabischen Gemeinschaft in Israel wieder: zum einen fühlen sie sich dem palästinensischen Volk zugehörig, zum anderen sehen sich als Bürger des Staates Israel. Die israelische Regierung bezeichnet die Gemeinschaft als „Arabische Israelis“, „Israelische Araber“, „Arabischen Sektor“ oder als „Nicht-Juden“.

Um die Situation der arabisch-palästinensischen Gemeinschaft in Israel besser verstehen zu können, gab Dr. Totrym einen kurzen Überblick über die wichtigsten historischen Ereignisse, angefangen mit der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel im Jahre 1948, welche die Palästinenser als „Al Nakba“, die Katastrophe, bezeichnen. Von den etwa 900.000 in dem ehemaligen Palästina lebenden Palästinensern, flohen insgesamt 740.000 Menschen oder wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Die übrigen 160.000 Palästinenser erhielten den Status als Bürger des neu etablierten Status Israel, dessen Grenzen durch die von der UN bestimmten Waffenstillstandslinien im Jahr 1949 festgelegt wurden. Als Folge des Unabhängigkeitskrieges war die palästinensische Mehrheit auf eine entkräftete und verfolgte Minderheit geschrumpft. Mehr als 480 arabische Dörfer wurden zerstört, die Mehrheit der zurückgebliebenen Araber erhielt den Status interner Flüchtlinge und Familien wurden durch die neu bestimmten internationalen Grenzen getrennt. Eine weitere Welle der Umsiedlung war die Folge des Sechs-Tage-Kriegs im Jahre 1967. Mehr als 500.000 Palästinenser, fast die Hälfte derer, welche bereits Flüchtlinge waren, mussten erneut ihre Heimat verlassen.<sup>2</sup> Dr. Totrym betonte, dass dieser historische Hintergrund konstitutiv für das Verständnis des Status der arabisch-palästinensischen Gemeinschaft in Israel und deren starke familiäre, nationale, religiöse, soziale und kulturelle Bindung zu den Palästinensern der West Bank, im Gazastreifen und Ostjerusalem ist.

Dr. Khaled Furani, Dozent für Soziologie und Anthropologie an der Universität Tel Aviv, verwies auf die besondere Rolle der arabisch-palästinensischen Gemeinschaft in Hinblick auf einen andauernden Frieden im Nahen Osten. Möchte man ein realistisches Verständnis für die Komplexität des Friedensprozesses erhalten, sei es wichtig einen Blick auf das Leben in Israel zu werfen, so Khaled. Die zentralen Fragen hierbei sind: wie behandelt der Staat Israel seine Bürger (die arabische Minderheit, Frauen, Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion etc.) und was

---

<sup>2</sup> Weitere wichtige Ereignisse stellten das Kefar Quasam Massaker 1956, der „Land Day Protest“ 1976, der erste Libanonkrieg 1982 sowie die Oktober-Proteste 2000, dar.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DALIAH MARHÖFER  
(PRAKTIKANTIN)

April 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)

bedeutet es, als Nicht-Jude in einem jüdischen Staat zu leben? Khaled nennt einige gesetzliche Regelungen, welche die arabisch-palästinensische Gemeinschaft in ihren Rechten und Möglichkeiten einschränken:

- Rückkehrrecht und Staatsbürgerschaftsrecht: Das Rückkehrrecht (1950) und das Staatsbürgerschaftsrecht (1952) erlaubt jedem Juden nach Israel einzuwandern und eine Staatsbürgerschaft zu erhalten. Die Palästinenser aus dem ehemaligen Palästina, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, sind nicht in Besitz dieser Rechte. Dadurch wird es beispielsweise erschwert, ein intaktes Familienleben zu führen, da die Familienmitglieder teilweise durch geopolitische Grenzen getrennt sind.
- Bildung: Arabische Schulen sind dazu verpflichtet, von der Regierung gestelltes Lehrmaterial zu verwenden, welche sich auf die Geschichte des jüdischen Volkes und des Staates Israels als jüdischer Staat fokussiert. Dadurch wird die Geschichte der arabisch-palästinensischen Gemeinschaft außer Acht gelassen, welche die Schulen gerne zusätzlich unterrichten würden.
- Waaf: Der israelische Staat kontrolliert die Verwaltung von muslimisch religiösen Grundstücken (Waaf) wie beispielsweise von Moscheen, Friedhöfen etc. Dies ist auf das verabschiedete „Absentee Property Law“ zurückzuführen, welches besagt, dass das Eigentum der geflohenen Palästinenser zum Staatseigentum wird.

Schließlich ruft Khaled alle diejenigen auf, die an Demokratie und Menschenrechte glauben, einen Beitrag zur Verbesserung der Situation der arabischen Minderheit in Israel zu leisten. Es sei eine schwierige Aufgabe, welche sowohl Menschen in als auch außerhalb von Israel gemeinsam bewältigen sollten.

Jaffar Farrah, Direktor des „Mossawa Center“ und ehemaliger Journalist der israelischen Tageszeitung Ha'aretz, thematisierte in seinem Vortrag die Diskriminierung der arabisch-palästinensischen Minderheit in Israel, welche als zweit- und drittklassige Bürger behandelt werden. Vor allem angesichts des Politikurses des neuen israelischen Außenministers Avigdor Lieberman, der von einem „Austausch der Bevölkerung“ spricht, müsse auf den Status der arabisch-palästinensischen Gemeinschaft aufmerksam gemacht und verstärkt für Demokratie eingetreten werden. Der „Mossawa Center“ hat sich dem Aufbau einer demokratischen Gesellschaft verschrieben, die ohne jede Form von Rassismus und nationaler, ethnischer, geschlechtsbezogener, physischer, mentaler, schichten- oder statusbezogener Diskriminierung besteht und funktioniert. Farrah betont, dass eine solche Bildung aufgrund einer Geschichte voller Konflikte und Verlusten zwar schwierig sei, dass man jedoch nicht die Hoffnung auf ein friedliches Miteinander in der Zukunft aufgeben soll. Der einzige Weg, Frieden im Nahen Osten zu erreichen, sei ein friedliches Zusammenleben zwischen Arabern und Juden in Israel. Dafür sei die Anerkennung und Gleichberechtigung der arabisch-palästinensischen Minderheit unabdingbar. Farrah verwies auf die zentrale Rolle, der USA für das Vorangehen

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**USA**

DALIAH MARHÖFER

(PRAKTIKANTIN)

**April 2009**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)

des Friedensprozesses übernimmt. Er hoffe auf eine Kooperation mit der Regierung Obama und dessen Eintreten für demokratische Werte. Gerade Präsident Obama gebe der arabisch-palästinensischen Gemeinschaft die Hoffnung, dass auch in Israel jemand, der einer Minderheit angehört, zum Präsident gewählt werden kann. Abschließend betonte Farrah in Übereinstimmung mit seinen Kollegen, dass die arabisch-palästinensische Gemeinschaft in Israel kein Problem, sondern die Lösung für ein friedliches Zusammenleben im Nahen Osten ist, und dass hierfür alle diejenigen, die an Demokratie glauben, einen Beitrag leisten sollen.